

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Aussenpolitische Kommission  
CH-3003 Bern

www.parlament.ch  
apk.cpe@parl.admin.ch

### **Stellungnahme der APK-N gegenüber dem AFET-Ausschuss des EU-Parlaments zum Berichtsentwurf über die Beziehungen Schweiz-EU**

- a) Die APK-N dankt dem AFET-Ausschuss für das Interesse, welches das Europaparlament mit dem Berichtsentwurf an den Beziehungen Schweiz-EU zeigt und unterstreicht die Bedeutung der parlamentarischen Aussenpolitik für gute Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Die Schweiz und die EU sind politisch, wirtschaftlich und kulturell aufs Engste miteinander verbunden und die APK-N ist sich bewusst, dass die aktuellen grossen Herausforderungen der Zeit für Europa nur gemeinsam gelöst werden können. In diesem Sinne richtet sie ein Schreiben an den AFET-Ausschuss und hofft, den Dialog zu den künftigen Beziehungen Schweiz-EU und Themen von gemeinsamem Interesse vertieft fortsetzen zu können.
- b) Die APK-N erinnert daran, dass sie den einseitigen Abbruch der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen am 26. Mai 2021 durch den Bundesrat bedauert.
- c) Die APK-N erinnert daran, dass sie die intensivierten Sondierungsgespräche zwischen dem Bundesrat und der EU-Kommission zu den zukünftigen Beziehungen Schweiz-EU begrüsst und die Meinung teilt, dass die Regelung der institutionellen Fragen sowie die Vertiefung der vertraglichen Beziehungen in weiteren Bereichen im gegenseitigen Interesse liegt und die Voraussetzung für die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt und für die künftige Kooperation zwischen der Schweiz und der EU ist. Die APK-N erwartet deshalb, dass so bald als möglich formelle Verhandlungen aufgenommen werden.
- d) Die APK-N ist überzeugt, dass der Bericht des Europaparlaments zu den Beziehungen Schweiz-EU einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu geregelten und engen Beziehungen leisten kann und erlaubt sich, dem AFET-Ausschuss folgende Anregungen mitzuteilen:
  1. Zu Punkt 1: Die Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland auf Grund des Ukraine-Krieges stellt keine grundsätzliche Abkehr der Schweiz von der Neutralität dar. Die Schweiz hat in der Vergangenheit wiederholt Sanktionen der EU übernommen.
  2. Zu Punkt 2: Die APK-N schlägt folgende Anpassung des Berichtsentwurfs vor:  
«Welcomes Switzerland's close stance with the EU's common foreign and security policy; welcomes, further, Switzerland's announcement in November 2021 that it considers participating in projects in the framework of the Permanent Structured Cooperation (PESCO).»
  3. Zu Punkt 3: Aus Sicht der Kommission ist eine Bezugnahme auf die Beziehungen der Schweiz zur NATO für die Beziehungen zu EU nicht relevant.



4. Zu Punkt 7: Der Nationalrat sprach sich am 16.03.2023 mit der Annahme einer Motion (22.3904) für den Beitritt der Schweiz zum EU-Katastrophenschutzverfahren aus. Ein Beitritt der Schweiz als Nicht-Mitgliedsstaat der EU würde aber eine Änderung der Art. 28 des EU-Beschlusses 1313/2013/EU bedingen.
5. Zu Punkt 8: Die Schweiz und die EU teilen das Ziel, dass für die gleiche Arbeit am gleichen Ort dieselben Löhne und Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten zu gelten haben. Bei der Durchsetzung dieses Grundsatzes erwartet die APK-N verhältnismässige Lösungen, die das Schutzniveau der in der Schweiz geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen auch zukünftig mindestens erhalten. Eine engere Kooperation zwischen der Schweiz und der EU mit dem Ziel die Durchsetzung gleicher Löhne für die gleiche Arbeit am gleichen Ort würde die APK-N begrüßen.
6. Zu Punkt 10 und 21: Die Marktzugangsabkommen der Schweiz mit der EU wurden auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und laufen entsprechend nicht aus. Hingegen teilt die APK-N die Ansicht, dass sie für den Fall, dass sie nicht aktualisiert werden, veralten und an Nutzen verlieren.
7. Zu Punkt 11: Der Beitrag der Schweiz zur EU-Kohäsionspolitik ist nicht Bestandteil der institutionellen Regeln. Die APK-N zeigt sich aber offen für eine Verstärkung des Kohäsionsbeitrags.